

Wahlprüfstein DIE LINKE. NRW

Freie Wohlfahrtspflege NRW
LAG FW NRW
Am Porscheplatz 1
45127 Essen

Gleichwertige und gute Lebensverhältnisse für alle

- (1) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode tun, damit das Land seine überregionale Steuerungsverantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebenschancen für die Menschen in NRW verantwortungsvoll wahrnimmt?** DIE LINKE. NRW setzt sich für einen radikalen Kurswechseln in der Politik ein. Für eine Politik, in der nicht die Profite der Konzerne, sondern die Menschen an erster Stelle stehen. Das „Casino“ der Finanzmärkte muss endlich geschlossen und die Wirtschaft demokratisiert werden. Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die Beschäftigten, die Erwerbslosen und die Rentnerinnen und Rentner abgewälzt werden. Es darf keine Sozialkürzungen und Massenentlassungen geben. Armut und Ausgrenzung müssen bekämpft werden. Statt milliardenschwerer Rettungspakete für die Banken fordern wir einen Schutzschirm für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ein Politikwechsel bedeutet für DIE LINKE.NRW eine völlig neue Richtung bei der Vermögensverteilung, dem Demokratieausbau, bei der Herstellung gleicher Chancen und Rechte für alle und beim sozialen ökologischen Umbau zum Schutz der Umwelt und des Klimas einschlägt.
- (2) Wie wird Ihre Partei zur notwendigen Finanzausstattung der Kommunen zur Wahrnehmung ihrer sozialen Aufgaben beitragen?** Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. Die daraus resultierende finanzielle Handlungsunfähigkeit der kommunalen Ebene hat verheerende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft. Die Situation der Kommunen wurde zudem durch die schwarz-gelbe Landesregierung verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes wurde zulasten der Kommunenerreicht, strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Um den finanzpolitischen Spielraum des Landes und der Kommunen zu vergrößern, setzt DIE LINKE.NRW auf die Stärkung der Einnahmeseite. Da es kaum steuerpolitische Kompetenzen auf der Landesebene gibt, fordern wir vor allem eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer und Börsenumsatzsteuer, die Ausweitung der Erbschaftsteuer und die Stärkung der von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuer. Außerdem setzt sich DIE LINKE.NRW für ein umfassendes Entschuldungsprogramm für die kommunale Ebene ein, insbesondere was die Altschulden betrifft, die durch die chronische Unterfinanzierung der gesetzlichen

Pflichtaufgaben angehäuft worden sind. DIE LINKE.NRW fordert eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Finanzausgleichs in den Ländern, damit in angemessener Weise die Ziele Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit perspektivisch erreicht werden können.

- (3) Wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür einsetzen, dass für Kommunen in der Haushaltssicherung ein landesmittelgespeister Fonds geöffnet wird, um die Nutzung von Förderprogrammen zu ermöglichen, bei denen eine kommunale Kofinanzierung erforderlich ist?** DIE LINKE.NRW setzt sich für eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems unter Berücksichtigung der demografischen Situation ebenso wie der besonderen Funktion von Städten ein. Ein umfassendes Entschuldungsprogramm ist für die Kommunen in der Haushaltssicherung notwendig. Förderbeiträge und Eigenbeiträge müssen für arme Kommunen entkoppelt werden. Der landesmittelgespeiste Fonds kann aus unserer Sicht eine Möglichkeit sein, um diesen Weg einzuschlagen.

Chancen für Kinder und Jugendliche sowie Frauen in NRW

- (4) Wie wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW auf landeseinheitliche Regelungen zur Gestaltung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen hinwirken?** Kindertageseinrichtungen sind der elementare Bereich der allgemeinen Bildung für alle. Dieser Bildungsanspruch muss für alle Kinder und ihre Familien landesweit gebührenfrei und für alle gleich zugänglich sein.
- (5) Wie wird ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode eine landesweit gesicherte Versorgung von Kindern in Tageseinrichtungen mit kostenfreiem bzw. kostengünstigem Mittagessen gewährleisten?** Für alle zugängliche Kindertagesbetreuung beinhaltet für DIE LINKE.NRW auch, dass es ein gebührenfreies Mittagessen für jedes Kind gibt. Dafür werden wir uns einsetzen.
- (6) Welche Ressourcen wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode für den Ausbau der Familienberatung in NRW, insbesondere im Zuge der Kooperation mit den Familienzentren, zur Verfügung stellen?** In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik liegen aus unserer Sicht Welten zwischen dem Anspruch und der derzeitigen Wirklichkeit. In Zeiten hoher Kinder- und Familienarmut ist eine funktionierende Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für DIE LINKE.NRW besonders notwendig. Denn immer mehr Familien benötigen Hilfen zur Erziehung, die von den Kommunen aufgrund leerer Kassen kaum noch bezahlt werden können. Die kommunalen Jugendämter müssen zusätzliche Aufgaben eines erweiterten Kinderschutzauftrages bewältigen, die ihnen die Landes- und Bundesregierung aufbürden. Die Kommunen brauchen für diese Arbeit Geld von Land und Bund, damit der Personalschlüssel dem Bedarf angepasst werden kann. Die Landesjugendämter in Trägerschaft der

Landschaftsverbände selbst müssen erhalten bleiben, um den kommunalen Jugendämtern mit Beratung und Fortbildung zur Seite zu stehen. DIE LINKE.NRW fordert ein NRW-Jugendhilfenetzwerk im Bereich der Prävention und Beratung auf Basis einer kontinuierlichen Jugendhilfeplanung.

(7) Welche bildungs-, sozial- und jugendpolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung einleiten, um allen jungen Menschen in NRW gleiche Bildungschancen unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft zu garantieren?

Bildungspolitisch ist das Konzept „Eine Schule für Alle“ für uns die Schulform, die gleiche Bildungschancen, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft garantiert. Deswegen fordern wir die schnellstmögliche Umsetzung von „Einer Schule für Alle“ in NRW. Prinzipiell steht DIE LINKE für die Forderung nach sozialen und gleichen Rechten für alle. Deswegen steht DIE LINKE.NRW für eine Politik, die allen in NRW lebenden Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

(8) Durch welche Maßnahmen und mit welchen Ressourcen wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung sicherstellen, dass Angebote im Offenen Ganztage in NRW landesweit vergleichbar ausgestattet werden und dass insbesondere für die Unterstützung benachteiligter Kinder mit erhöhtem Förderbedarf ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen?

DIE LINKE.NRW fordert ein sozial gerechtes Bildungssystem. Die systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Migrantinnen und Migranten, von chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem ist in keinem anderen europäischen Land so extrem wie bei uns. Im Elementarbereich brauchen wir in NRW deswegen eine öffentliche, gebührenfreie, flächendeckende Kindertagesbetreuung, die Rücknahme des KiBiz und eine bedarfsgerechten Ausbau der Kitas. „Eine Schule für Alle“ orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist integrativ, barrierefrei und sozial. DIE LINKE. NRW setzt sich prinzipiell für die Inklusion im Bildungssystem ein.

(9) Wie wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode den Kinder- und Jugendförderplan ausstatten, um Angebote der Kinder- und Jugendarbeit wie der Jugendsozialarbeit zu sichern?

DIE LINKE.NRW fordert die finanziell angemessene Unterstützung des Landesjugendrings und der Jugendverbände. Wir setzen und für die Bereitstellung zusätzlicher Landesförderung bei Freizeiteinrichtungen und die Auflage eines Programms zur Schaffung von möglichst selbstverwalteten Jugendzentren ein. Wir wollen die soziale, kulturelle und gesundheitliche Infrastruktur für Familien und Kinder besonders in benachteiligten Sozialräumen durch landespolitische Fördermaßnahmen (wieder-)ausbauen, so dass die Angebote für Geringverdienende kostenfrei sind (neben Beratungsstellen auch Bibliotheken, BürgerInnenzentren, Musik- und Volkshochschulen, Museen und alternative Kulturzentren).

(10) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, damit Frauen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch erhalten, der es allen Zuflucht suchenden Frauen und Kindern durch eine einzelfallunabhängige, kostendeckende und verlässliche Finanzierung ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz und Unterstützung zu finden? DIE LINKE.NRW setzt sich für ein soziales Netz für Frauen ein. Wir stehen für eine Politik, die Gewalt gegen Frauen bekämpft und die Unterstützung der Betroffenen garantiert. Seit Mitte der 70er Jahre bieten Frauenhäuser einen wirksamen Schutz. Ihr Ansatz war seit jeher, schnell und unbürokratisch zu helfen. Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurden jedoch die Gelder für die Frauenhäuser massiv (um 30 Prozent) gekürzt, so dass die Stelle zur Nachsorge in den Frauenhäusern gestrichen werden musste, was eine intensive Einzelfallbetreuung unmöglich macht. Auch die Anzahl und Kapazitäten der Frauenhäuser reichen bei weitem nicht aus. Für eine Vielzahl von Frauen ist die Kostenübernahme völlig ungeklärt. Aus diesem Grund muss die öffentliche Hand ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um allen Betroffenen eine umfassende Hilfe und Betreuung anbieten zu können. DIE LINKE.NRW fordert die Aufstockung der Mittel für Frauenberatungsstellen, Frauen-Notrufe und Frauenhäuser, eine feste Bettenfinanzierung unabhängig von aktuellen Belegzahlen und sozialem Hintergrund sowie die sofortige Abschaffung der Tagessätze in den Frauenhäusern und die Kostenübernahme durch das Land NRW.

Integration fördern, Teilhabe stärken

(11) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um die Einbeziehung und Chancengleichheit von Menschen mit Migrationsgeschichte in gesellschaftliche Bereiche und Entscheidungsprozesse zu fördern? DIE LINKE.NRW steht für eine Politik, die allen Menschen mit Migrationshintergrund ein selbst bestimmtes Leben, die gleichberechtigte Teilhabe und schließlich eine tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft ermöglicht. Die Grundvoraussetzung hierfür ist die Abschaffung aller diskriminierenden und ausgrenzenden Strukturen und Sondergesetze. Ein solidarisches und weltoffenes Miteinander erfordert Respekt vor unterschiedlichen Lebensweisen. Die aktive Teilnahme der MigrantInnenverbände an Planung und Ausführung der betreffenden Programme, Projekte und Maßnahmen muss fest verankert werden. Für alle in NRW lebenden Menschen fordern wir das aktive und passive Wahlrecht.

(12) Wie wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür einsetzen, um Dialog mit den relevanten Akteuren Modelle öffentlich finanzierter Beschäftigung in NRW zu entwickeln? Im Dialog mit den relevanten Akteuren will DIE LINKE.NRW ein Modell entwickeln, dass die bestehenden Ein-Euro-Jobs in reguläre (also sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene und unbefristete) Arbeitsverhältnisse umwandeln. Dies betrifft sowohl den Öffentlichen Dienst als auch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Außerdem sollen zusätzliche Ausbildungsplätze in diesem Bereich entstehen.

(13) In welchem Maße wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür einsetzen, öffentlich finanzierte Beschäftigung auch finanziell aus Landesmitteln zu

unterstützen? Für die Finanzierung der Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse und die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst und bei den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege will DIE LINKE.NRW eine halbe Milliarde Euro aus Landesmitteln zur Verfügung stellen. Dies ist Teil unseres Zukunftsinvestitionsprogramms für NRW (ZIP, beschlossen auf dem Landesparteitag am 27.2.10)

- (14) Wie steht Ihre Partei zur von der Freien Wohlfahrtspflege gesehenen Notwendigkeit einer unabhängigen Beratungsinfrastruktur für Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach SGB II?** Unabhängige und solidarische Initiativen von und für Erwerbslose und Grundsicherungsabhängige müssen gefördert werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat jedoch den Beratungsstellen für Erwerbslose die Fördermittel vollständig gestrichen, so dass wichtige Anlaufstellen vielerorts geschlossen werden mussten.
- (15) Ist Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung bereit, sich aktiv für die Förderung solcher Beratungsstellen aus Landes- und/oder EU-Mitteln einzusetzen?** DIE LINKE.NRW setzt sich konsequent für den Wiedereinstieg in die Landesförderung für die zum 1. Oktober 2008 geschlossenen Erwerbslosenberatungsstellen und –zentren ein.
- (16) Wie und bis wann wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode eine ausreichende finanzielle Absicherung der Insolvenzberatung sicherstellen?** Die Durchführung einer qualifizierten SchuldnerInnen- und Insolvenzberatung ist wichtige Voraussetzung dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher (wieder) selbstbewusste Marktteilnehmer werden können. Deswegen müssen Beratungsstellen für Verbraucherinnen und Verbraucher auch in diesem Bereich (aber nicht nur) unterstützt und finanziell gefördert werden. Zu diskutieren wäre in diesem Zusammenhang der Vorschlag der Verbraucherzentralen NRW, auch die übrigen Banken (neben den Sparkassen) an einer Finanzierung zu beteiligen.
- (17) Wie stellt sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die künftige Finanzierung der Freien Straffälligenhilfe vor?** Auch in diesem Bereich setzen wir uns für die Weiterführung und Ausweitung von Programmen ein. Die Arbeit der Freien Straffälligenhilfe ist sehr wichtig, DIE LINKE.NRW spricht sich im Programm zur Landtagswahl explizit gegen den Trend zum reinen „Verwahrvollzug“ und für mehr Mittel zur Resozialisierung aus. Deshalb ist die ausreichende Finanzierung und Ausstattung sicherzustellen. Mehr Resozialisierungsprojekte und auch die Gestaltung des Weges zurück ins „Freie Leben“ und der Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben sind elementare Voraussetzungen für eine gelungene Resozialisierung.
- (18) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, um ein Wunsch- und Wahlrecht der Eltern im Bereich der schulischen Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf**

umzusetzen? DIE LINKE.NRW setzt sich im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung für die Inklusion ein. Das heißt, dass alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen unterrichtet werden. Unser Konzept „Eine Schule für Alle“ beinhaltet diesen Anspruch. Auf dem Weg dahin ist ein Wunsch- und Wahlrecht der Eltern aus unserer Sicht eine Möglichkeit, mehr Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Zugang zu Regelschulen zu ermöglichen. Perspektivisch ist mit „Einer Schule für Alle“ ein Wunsch- und Wahlrecht überflüssig, da sich die Frage der Schulform für die Eltern nicht mehr stellt.

(19) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, um die Umsetzung der Rechte nach Artikel 9 UN-Konvention sicherzustellen? Folgende Punkte fordert DIE LINKE.NRW unter anderem in diesem Zusammenhang: Die Förderung des Baus integrativer barrierefreier Mehrgenerationenhäuser in Innenstadtlage sowie die Förderung des Umbaus alten Baubestandes. Die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen. Die Einrichtung und den Ausbau von bestehenden integrativen Kindergärten und Schulen – Ziel ist „Eine Schule für Alle“. Den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten. Qualifizierungsmöglichkeiten von MitarbeiterInnen, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Transparenz bei allen Verwaltungsvorgängen, so dass diese auf für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind. Fördermaßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung in Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche, wobei zu berücksichtigen ist, dass Frauen mit Behinderungen überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Einen Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte, um sexuelle Übergriffe insbesondere auf Frauen mit Behinderungen zu verhindern. Die gleichberechtigte Teilhabe von Eltern mit Behinderung bei der Wahrnehmung ihrer Betreuungs- und Erziehungsaufgaben.

(20) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, um die politische Teilhabe für alle an ihren Wahlveranstaltungen und –medien zu ermöglichen? Eine gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen auf öffentlichen Veranstaltungen. Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderer Dienste und Notdienste sowie den flächendeckenden Aus- und Aufbau individuell bedarfsdeckender und vernetzter Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen.

(21) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am politischen Leben im o.g. Sinne umzusetzen? Für DIE LINKE.NRW ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema in allen Politikfeldern. Unser Ziel ist es, ALLEN Menschen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Nicht Fürsorge und Bevormundung, sondern Selbstbestimmung und Selbstvertretung sind Kernelemente LINKER Behindertenpolitik. Die Grundlage dafür ist die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

- (22) Welche Ressourcen wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode den Betreuungsvereinen in NRW zur Verfügung stellen, damit diese weiterhin ehrenamtliche Betreuer gewinnen, begleiten und qualifizieren sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Vorsorgevollmacht beraten können?**
DIE LINKE.NRW will Initiativen unterstützen und Maßnahmen fördern, um den Anspruch nach umfassender Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Dafür müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Selbstbestimmt leben im Alter

- (23) Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode landesweit für die Finanzierung einer gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit (incl. Erhalt und Modernisierung von Seniorenbegegnungsstätten und Servicezentren) sowie die Organisation gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit als Querschnittsaufgabe einsetzen?** Alter ist aus Sicht der LINKEN.NRW ein Lebensabschnitt mit spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen. Erforderlich in unserer Gesellschaft ist eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Seniorinnen- und Seniorenpolitik muss in Theorie und Praxis endlich als Querschnittsaufgabe verstanden und gehandhabt werden. DIE LINKE.NRW will die Ursachen für Altersarmut an der Wurzel bekämpfen, alle gesellschaftliche Strukturen alterfreundlicher und für das Alter developmentspotenter gestalten, die Generationensolidarität stärken, die Gesundheitspotentiale in allen Lebensphasen erhöhen, das Rentensystem zukunftssicher machen. Für diese Investitionen in eine solidarische Gesellschaft wollen wir die nötigen finanziellen Mittel bereit stellen. Dazu gehören selbstverständlich auch der Erhalt und die Modernisierung von SeniorInnen-Begegnungsstätten und –Beratungsstellen.
- (24) Wie wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbildung in der kommenden Legislaturperiode finanziell (Im Rahmen der Möglichkeiten des SGB XI § 45c) für einen flächendeckenden Ausbau von niedrigschwelligen Betreuungs- und Beratungsangeboten für Menschen mit Demenz und die erforderliche Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen?** Für DIE LINKE.NRW steht fest, dass das Angebot zur Integration demenzkranker Menschen erweitert werden muss. Dazu sind die Hilfen für pflegende Angehörige sowie das Angebot an Tages- und Kurzzeitpflege auszubauen. Wir fordern bedarfsdeckende Pflegestufen, die sich stärker am individuellen Bedarf der Pflegebedürftigen orientieren. Die Pflegetätigkeit muss durch angemessene Bezahlung und den Einsatz von qualifiziertem Personal deutlich aufgewertet werden. Die Tätigkeit von Ein-Euro-Kräften in der Pflege und den Einsatz von menschenverachtenden Hilfsmitteln wie zum Beispiel der 5-Liter-Winde lehnen wir entschieden ab. Starre Pflegezeiten müssen abgeschafft und an den Bedürfnissen der zu pflegenden Personen orientiert werden – Pflege im Minutentakt lehnt DIE LINKE.NRW ab.
- (25) Wie wird Ihre Partei sich im Falle einer Regierungsbildung in der kommenden Legislaturperiode für die Realisierung differenzierter Wohnkonzepte für ältere Menschen einsetzen, die preislich erschwinglich sind?** Im Alter gewinnen die Wohnbedingungen zunehmend an Bedeutung. Während ein Teil der älteren Generation

bereits heute über ausreichende Ressourcen verfügt und eher logistische Hilfe benötigt, steigt der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, die selbständige Lebensführung bis ins hohe Alter gewährleisten. Barrierefreies Bauen und Gestalten, eine Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit im Alter, setzt sich insbesondere bei der Wohnungsmodernisierung nur zögerlich durch. Aus der Sicht älterer Menschen ist die altersgerechte, soziale Infrastruktur für viele Wohnquartiere stark eingeschränkt. Deswegen fordert DIE LINKE.NRW den bedarfsgerechten (Aus-)Bau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Wohnprojekte und Wohngemeinschaften für SeniorInnen sowie Mehrgenerationenprojekte müssen gefördert werden.

- (26) Wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbildung in der kommenden Legislaturperiode für den Ausbau und die steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistung einsetzen und den Ausbau von Beratungsangeboten wie z.B. der Wohnraumanpassungsberatung vorantreiben? Ja.**
- (27) Wird sich Ihre Partei für eine Reform des Wohn- und Teilhabegesetzes bezüglich der ambulant betreuten Wohngruppen einsetzen?** Grundsätzlich ja, der Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bzw. altersgerechte Wohnformen sind Teil LINKER SeniorInnenpolitik.
- (28) Wussten Sie, dass schon jetzt rund 30 ergänzende Erlasse zum WTG existieren? Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei zur (Wieder-)Eindämmung dieser Regelungswut beitragen?** Auf allen parlamentarischen Ebenen sind gesetzliche Regelungen zur Bildung von Seniorinnen- und Seniorenvertretungen zu schaffen, die aktiv an der politischen Willensbildung teilnehmen und sich im Bezug auf die Gestaltung von Gesetzesentwürfen im Sinne der Betroffenen aktiv einbringen. So kann verhindert werden, dass Gesetze entstehen, die aufgrund ihrer mangelnden Qualität zusätzlicher Regelung bedürfen.
- (29) Die Freie Wohlfahrtspflege stellt fest, dass immer mehr an Standard gefordert wird, ohne dass es eine entsprechende Gegenfinanzierung gibt. Wussten Sie z.B., dass Umbaumaßnahmen zur Umsetzung der DIN 18025 für eine Neubaueinrichtung mit 80 Plätzen ca. 300.000 Euro an Mehrkosten betragen können, die auf die Pflegesätze ungelegt und in der zulässigen Flächenberechnung bei den Zimmerflächen der Bewohner eingesparrt werden müssen? Wie stellt sich Ihre Partei diesem Problem?** DIE LINKE.NRW setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass die Mehrkosten, die durch den bedarfsgerechten Umbau von Wohnformen für SeniorInnen entstehen, nicht zulasten der BewohnerInnen gehen.

Pflege und Gesundheit sichern

- (30) Was unternimmt Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern und dem Fachkräftemangel in der Pflege**

entgegenzuwirken? Die Pfl egetätigkeit muss aus unserer Sicht deutlich aufgewertet werden. Dies geschieht durch eine angemessene Bezahlung und eine gute Aus- und Weiterbildung. Das Personal muss unter fairen Bedingungen arbeiten. Den Einsatz von Ein-Euro-Kräften lehnen wir ab. Für zusätzliche Ausbildungsplätze in diesem Bereich wollen wir Geld aus unserem Zukunftsinvestitionsprogramm zur Verfügung stellen (siehe Frage 13).

(31) Mit welcher berufspolitischen Ausrichtung wird sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode für den Erhalt der altspflegespezifischen Ausbildungsanteile in einer künftigen Pflegeausbildung und die europäische Berufsankennung einsetzen? Der Arbeitsalltag von Pflegekräften wird immer komplexer, die Anforderungen an das notwendige Fachwissen steigen. Um die Pflege aufzuwerten, sollten Pflegekräfte mehr Kompetenzen und mehr Verantwortung bekommen. Altenspezifische Ausbildungsanteile müssen selbstverständlich erhalten bleiben, eine internationale Berufsankennung ist notwendig. Eine bessere Kooperation mit anderen Gesundheitsberufen sollte dabei angestrebt werden.

(32) Welches Finanzierungskonzept sieht Ihre Partei für die Pflegeausbildung vor? Pflege ist Bestandteil allgemeiner Daseinsvorsorge und darf daher nicht wirtschaftlichen Zwängen unterworfen werden. Pflege ist Teil der öffentlichen Verantwortung, es muss genügend Geld vom Staat bereit gestellt werden, um ausreichend qualifizierte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Pflegebereich zu schaffen.

(33) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um dem zunehmenden Ärztemangel vor allem auch im ländlichen Raum zu begegnen? DIE LINKE.NRW befürwortet eine optimale, wohnortnahe, medizinische Basisversorgung der Bevölkerung, natürlich auch im ländlichen Raum. Landespolitik muss die Kommunen bei der Ansiedlung von Ärzten und der Gestaltung eines anziehenden Lebensumfeldes unterstützen. Wir fordern grundzentrale Versorgungsräume mit genügend Hausärzten sowie Fachärzte, die in den Mittelzentren – auch im ländlichen Bereich – erreichbar sind. Öffentliche Krankenhäuser bzw. medizinische Versorgungszentren für die ambulante wie stationäre Behandlung vor Ort sind zu ergänzen durch spezialisierte Zentren wie die Universitätskliniken. DIE LINKE.NRW befürwortet eine Bezahlung aller Ärzte nach einem zwischen Staat, Krankenversicherungen, Patientenvertretungen und Gewerkschaften ausgehandelten, gesetzliche verankerten Tarifsystems, das sich an der für die Patientinnen und Patienten direkt geleistete Arbeit orientiert.

(34) Was wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW tun, um zu konkreten Verbesserungen für behinderte Menschen im Krankenhaus zu kommen? Auch in den Krankenhäusern muss auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen eingegangen werden. Auch deswegen gehören Krankenhäuser und Polikliniken als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentliche Hand. Nur durch eine bedarfsorientierte Krankenhausplanung und die ausreichende Finanzierung durch das Land (Beibehaltung der dualen Finanzierung), also

durch einen politisch gesteuerten Krankensektor, kann dies berücksichtigt und sichergestellt werden.

- (35) Durch welche konkreten Schritte wird Ihre Partei dazu beitragen, dass Menschen mit Behinderung auch im ländlichen Raum möglichst gemeindenah gesundheitlich versorgt werden können?** DIE LINKE.NRW tritt für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ein – auch im ländlichen Raum. Die Menschen sollen wohnortnah bei allen Akuterkrankungen versorgt werden, spezialisierte Zentren und Krankenhäuser müssen mindestens in den Mittelzentren erreichbar sein.
- (36) [Investitionskosten für stationäre und teilstationäre Altenhilfeeinrichtungen sowie ambulante Dienste] Wie steht Ihre Partei zu diesen Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege; was wird sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in der nächsten Legislaturperiode in NRW aufgreifen und realisieren?** Wir unterstützen die Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege grundsätzlich. Durch die von uns geforderte BürgerInnenversicherung, die paritätisch durch Betriebe und Verwaltung und alle Beschäftigten einschließlich Beamte und Selbständige sowie Freiberufler finanziert wird, wird auch die gesetzliche Pflegeversicherung gestärkt. Zusätzliche Investitionskosten eines öffentlichen Gesundheitssektors könnten so auch durch die Pflegeversicherung getragen werden.
- (37) Wie und in welchem Zeitraum wird Ihre Partei den mittlerweile auf 14,8 Mrd. € aufgelaufenen Investitionsstau der Krankenhäuser in NRW auflösen?** DIE LINKE.NRW setzt sich für einen politisch gesteuerten Krankensektor in NRW ein. Wir fordern, die 2008 von Schwarz-Gelb eingeführte Baupauschale zur Finanzierung von Investitionen wieder abzuschaffen. Durch die pauschale Finanzierung nach dem Gießkannenprinzip erhalten alle Krankenhäuser zu wenig Geld. Bei der Finanzierung des Rests verweist die Landesregierung auf den Finanzmarkt und entzieht sich damit ihrer Verantwortung. DIE LINKE.NRW ist für die Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung.

Förderung der frei-gemeinnützigen sozialen Arbeit und der Zivilgesellschaft

- (38) Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Finanzierung der trägerübergreifenden und überregionalen Arbeit der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wieder ausreichend und verlässlich finanzieren?** Im Rahmen der Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger setzt sich DIE LINKE.NRW dafür ein, dass die Finanzierung der Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege langfristig und planbar garantiert wird.

(39) Wie wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung Unabhängigkeit, Beteiligung und Gestaltungskraft des Bürgerschaftlichen Engagements garantieren?

Freiwilliges Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates benutzt und nicht eine Sache derer werden, die sich Engagement leisten können. DIE LINKE. fordert deshalb die Einführung eines Mindestlohns und für Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen – wie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende, Behinderte und Senioren - die Schaffung von diesen Lebenslagen angemessenen Bedingungen. Eine wesentliche Maßnahme dafür ist die Einführung einer sozialen Grundsicherung und der Ausbau der Informations- und Beteiligungsrechte für diese Gruppen sowie die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Bewerbung um Lehrstellen und Arbeitsplätzen. Bürgerschaftliches Engagement ist in erster Linie eine Bereicherung unseres Lebens um viele Facetten und Qualitäten, die von jemand anders als von der Gesellschaft gar nicht erbracht werden können. Es ist nicht Ersatz für Leistungen, die die Kommunen nicht mehr erbringen können oder/und wollen. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine entsprechende materielle, finanzielle und soziale kommunale Infrastruktur. DIE LINKE. tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem deshalb ein, weil sich darin im besonderen Willen und Fähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegeln, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, bürgerschaftliches Engagement: von den jetzigen rechtlichen, bürokratischen und finanziellen Hürden zu befreien und ausreichende rechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen zu schaffen; über Partnerschaften zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Institutionen und Vereinen zu fördern und für alle gesellschaftlichen Bereiche zugänglich zu machen; mit Entscheidungskompetenzen, Finanzen und Infrastruktur auszurüsten; zu stärken, indem die Akzeptanz bei Politik und Verwaltung spürbar erhöht wird, was insbesondere auf Bürgerinitiativen sowie auf das Engagement einzelner Einwohnerinnen und Einwohner zutreffen muss; über eine sachgerechte und wirksame Anerkennungskultur zu unterstützen.

(40) Welche Ressourcen werden für die unabhängige Infrastruktur zur Stärkung Bürgerschaftlichen Engagements nach dem Subsidiaritätsprinzip bereitgestellt? Siehe Antwort Frage 39.